



ÖPNV-Reform: Beteiligung respektieren

Schlechteres Angebot? Nicht mit den Grünen

Die Grünen stehen wie keine andere Fraktion für einen starken ÖPNV in Kassel. Daher mutet es merkwürdig an, wenn sich CDU, Linke und Freie Wähler jetzt als Retter von Bus und Bahn aufspielen. Ihre Anträge, die Kasseler Verkehrsgesellschaft (KVG) mit einem neu-



en Reformentwurf zu beauftragen, ist aus grüner Sicht schlicht Wahlkampfgeklapper. Mit dem Kooperationspartner SPD lehnte die grüne Fraktion die Anträge ab. Das aktuelle Beteiligungsverfah-

ren braucht aus Sicht der Grünen Zeit. Die KVG muss die Chance haben, die vielen wertvollen Anregungen aus der Bevölkerung auszuwerten. „Denn unter den mehr als 1000 Rückmeldungen sind sehr viele Hinweise, die den ÖPNV stärken“, betont Eva Koch, mobilitätspolitische Sprecherin der grünen Rathausfraktion. „Dieser Prozess läuft aktuell und sollte nicht seitens der Opposition abgebrochen werden.“ Der Versuch, in das laufende Verfahren einzugreifen, ist nach Ansicht der Grünen mangelnder Respekt einiger Oppositionsfraktionen vor den Wünschen der Bürger*innen.

Eine Liniennetzreform ist dringend notwendig, um den Flickenteppich aus über Jahre entstandenen Einzellösungen durch ein schlüssiges Konzept zu ersetzen. Der ÖPNV muss gestärkt aus der Reform des Bus- und Straßenbahnnetzes hervorgehen, um in eine sichere Zukunft fahren zu können. Eine Verschlechterung des Angebots wird es mit den Grünen nicht geben.



Eva Koch

Wichtige Weichen gestellt

Wohnungsbauprojekte gehen voran

Gleich für vier bedeutende Wohnungsbauprojekte haben die Stadtverordneten in der jüngsten Sitzung die nötigen rechtlichen Grundlagen gelegt. So stimmten sie dem Vorentwurf des Bebauungsplans für das Areal „Zum Feldlager“ in Harleshausen zu. Dort soll eine Neubausiedlung mit bis zu 130 Einfamilien-, Reihen- und Mehrfamilienhäusern entstehen, die bundesweit ein Vorzeigeprojekt in Sachen nachhaltigem Wohnen werden könnte. Dazu tragen innovative Wärmeerzeugung und ein geringer Energiebedarf für Heizung und Warmwasserbereitung durch energieeffiziente Bauweise bei. Wichtige Weichen sind auch in Sachen Burgfeldareal (Bad Wilhelmshöhe) und Kupferhammerstraße (Forstfeld) sowie für das Martini-Quartier (Vor-

derer Westen) gestellt worden. Auf dem Areal der ehemaligen Privatmolkerei Lindenberg an der Kupferhammerstraße ist eine Reihenhaussiedlung mit 53 Wohneinheiten geplant. Auf dem Gelände des früheren Burgfeldkrankenhauses sollen fünf Mehrfamilienhäuser entstehen. Das Grundstück der ehemaligen Brauerei an der Kölnischen Straße wird künftig nicht mehr zur gewerblichen Nutzung benötigt und soll daher zum Wohnquartier umgewidmet und entwickelt werden.

Für die Grünen zeigt sich an diesen drei Projekten ein verantwortungsbewusster Umgang mit knappem innerstädtischen Raum. Innenentwicklung, also die Nutzung bestehender Flächen, ist ein Instrument nachhaltiger Stadtentwicklungspolitik.



Grüne nehmen Forderungen ernst

Protest in der Stavo

Mit Transparenten und Trillerpfeifen haben Demonstrant*innen die Stadtverordnetenversammlung besucht. Die vorwiegend jungen Leute machten sich unter anderem für das Salzmann-Areal „als Spielort für alle Arten von Kultur“ stark. Der Ruf der Initiative Junge Kultur Kassel erreichte die grüne Fraktion, die das Engagement lobenswert findet. Bereits in den vergangenen fünf Jahren haben sich die Grünen für passende Jugendkulturräume eingesetzt. Das soll auch in Zukunft so sein.

Ein Vorhaben ist es beispielsweise, den Masterplan Kultur- und Kreativwirtschaft zu aktualisieren, um die Raumsituation bewerten und für Kreative und Kulturschaffende verbessern zu können. Die Grünen werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass Proberäume und Ateliers für junge Künstler*innen zur Verfügung stehen und bezahlbar sind.

Eine Sitzung zu sprengen, schafft zwar Aufmerksamkeit, ist aber keine Lösung – zumal die Initiative zuvor nicht das Gespräch mit den Fraktionen gesucht hatte, kritisieren die Grünen.



Mehr Raum für Sport

Stadt und Uni bauen neue Sporthalle

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Bau einer neuen Dreifelder-Sporthalle auf dem städtischen Gelände hinter der Sporthalle Auepark beschlossen. In Kooperation mit der Universität Kassel schafft die Stadt dort neue Kapazitäten für Vereine, Schulen und die Uni. Durch den Ausfall der Sporthalle Marbachshöhe wegen baulicher Mängel seit Februar 2015 lag dringender Handlungsbedarf vor.

Weil die Halle auf einem Rasenplatz auf dem Areal an der Damaschkestraße gebaut wird, wird ein Hartplatz der Sportanlage in einen Kunstrasenplatz umgewandelt. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 6,713 Millionen Euro. 2,685 Mio. Euro kommen aus dem „Programm für herausragende Investitionsmaßnahmen in Sportanlagen“ des Landes Hessen. 2,578 Mio. Euro trägt die Stadt Kassel, 1,45 Mio. Euro die Uni.

„Unlautere Debatte“

Wahlkampf auf Kosten von Flüchtlingen

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag der CDU zur „Verstärkung der Maßnahmen zur Bewältigung der Flüchtlingsthematik“ abgelehnt. Die Forderungen waren jedoch im Wesentlichen ordnungspolitischer Natur: mehr Ordnungspolizisten, Verstärkung der Präsenz von Ordnungskräften und ganz allgemein wurde eine „Verbesserung der Sicherheit der Kasseler Bevölkerung“ gefordert. „Die CDU suggeriert mit ihrem Antrag, dass die Lage in Kassel unsicher sei. Dem ist jedoch nicht so“, kritisiert Boris Mijatovic, grüner Sprecher für Integration und Sport. In ihrer Rede brachte Eva Kühne-Hörmann von der CDU Terroranschläge,

die Übergriffe in der Silvesternacht in Köln sowie Flüchtlinge prinzipiell in einen Zusammenhang. „Damit wird Angst vor Ereignissen erzeugt, die in Kassel nicht stattfanden und für die es keinen Anhaltspunkt gibt.“ Auch eine Forderung nach mehr Videoüberwachung ist völlig überzogen. „Die CDU hat aus wahltaktischen Gründen eine in dieser Form unlautere Debatte angezettelt, die sie auf dem Rücken von Flüchtlingen austrägt“, ergänzt Mijatovic.



Boris Mijatovic



Branner-Brücke bleibt Thema

Freie Wähler haben Chance verschlafen

Den Grünen war es ein Anliegen, die Karl-Branner-Brücke umzubenennen. „Die Chance dazu war da“, erinnert der grüne Fraktionsvorsitzende Dieter Beig an die zweistündige Diskussion sowie die Abstimmung im Juli. „Leider hat es die Fraktion von Demokratie erneuern/Freie Wähler verschlafen, die Gelegenheit zu nutzen.“ Denn in der Stadtverordnetenversammlung war dazu damals eine denkbar knappe Entscheidung gefallen: mit 32:29



Dieter Beig

Stimmen gegen eine Umbenennung. Die drei Fraktionäre der Freien Wähler verweigerten damals die Abstimmung. Nun stellen sie erneut ihren Antrag auf Umbenennung, den die Stadtverordneten ablehnten.

Für die Grünen ist die Beibehaltung des Namens und die erklärende Tafel dazu keine konsequente Lösung. Aber es ist eine demokratische Entscheidung gefallen, die es zu respektieren gilt. „Das Thema ist aber deshalb nicht aus der Welt, sondern wird hoffentlich weiter diskutiert, um auch den Wünschen der beiden Ortsbeiräte, die für eine Umbenennung sind, Rechnung zu tragen“, betont Beig.



documenta bleibt frei

Keine Einflussnahme

Die Stadtverordneten haben die Haltung der Stadt Kassel bekräftigt, „in die künstlerische Freiheit der Künstlerischen Leitung der documenta nicht einzugreifen und sie vor jeglicher politischer Einflussnahme zu schützen“. Die Entscheidung geht auf einen gemeinsamen Antrag von Grünen und SPD zurück. Für die Kooperationspartner war es wichtig die Unabhängigkeit der Kurator*innen in der Künstlerischen Leitung nochmals deutlich zu betonen. Ein Grund dafür ist die anhaltende Kritik am Künstlerischen Leiter der documenta 14, Adam Szymczyk, der Athen als zweiten Standort für die Ausstellung ausgewählt hat.

Die Stadt Kassel ist Gesellschafterin der documenta und Fridericianum Ausstellungs gGmbH. Städtische Vertreter*innen gehören dem Aufsichtsrat an. Sie haben ebenso wie die Stadtverordnetenversammlung bisher keinen politischen Einfluss genommen. Und so soll es nach grüner Ansicht auch bleiben.

In eigener Sache

Die letzte Stadtverordnetenversammlung der laufenden Wahlperiode dauerte inklusive Protestbesuch und den X-ten Eilanträgen der Opposition satte zehn Stunden und endete um halb drei nachts. Das war für die ehrenamtlich tätigen Politiker*innen ein echter Sitzungs-marathon.